

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Kommissionen
für Wirtschaft und Abgaben
CH-3003 Bern
Tel. 031 322 95 30
Fax 031 322 96 57
www.parlament.ch
wak.cer@parl.admin.ch

**Die Kommission für Wirtschaft und
Abgaben des Nationalrates
während der 49. Legislaturperiode,
2011 - 2015**

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 18.11.2011 wurden der WAK folgende Sachbereiche zugewiesen:

- Volkswirtschaft, Konjunktur- und Währungspolitik
- Landwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen (u. a. Handel, Finanzwesen, Versicherungen, Tourismus)
- Steuern (nationales und internationales Steuerwesen, Zollwesen)
- Wettbewerb (Binnenmarkt, Preise, Kartelle, unlauterer Wettbewerb u. a. unter den Aspekten der Konsumenteninformation, des Konsumkredits, der technischen Handelshemmnisse, der Produktsicherheit und -qualität sowie des öffentlichen Beschaffungswesens)
- Förderung des Wirtschaftsstandortes
- Arbeitsmarkt (inkl. Arbeitslosenversicherung, nur im Nationalrat)
- Geistiges Eigentum (Patentrecht, Markenschutz usw.)

2 Behandelte Geschäfte der 49. Legislaturperiode 2011 - 2015

21 Statistischer Überblick

Die WAK-N hat insgesamt 346 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a	Volksinitiativen	12	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	70	Wovon 5 abgelehnt; 2 Rückweisungen
c.	Berichte des Bundesrates	50	Wovon 12 auch im Rat behandelt wurden
d.	Mitberichte	2	
e.	Konsultationen zu Verordnungs-entwürfen und Verhandlungsmandaten des Bundesrates	9	4 Verordnungsentwürfe 4 Verhandlungsmandate 1 Leistungsauftrag

f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	48	(2 Kommissionsinitiativen) 8 Folge gegeben 36 keine Folge gegeben 4 behandelt, dann zurückgezogen
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	5	3 Zustimmung 2 Ablehnung
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	23	21 keine Folge gegeben 2 Folge gegeben
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa.lv. / Kt. lv. 2. Phase, Komm. lv.)	19	10 Annahme 8 Abschreibung 1 sistiert
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. lv.)	1	1 Annahme
k.	Kommissionsvorstösse	25	15 Motionen 10 Postulate
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	34	19 Annahme 6 Änderung 9 Ablehnung
m.	Petitionen	23	22 keine Folge gegeben 1 Autor verstorben
n.	Interne Geschäfte	24	
o.	Spezialfälle	1	Erklärung des NR
	Total	346	

Mit total 346 behandelten Geschäften in der 49sten Legislaturperiode hatte die WAK-N im Vergleich zur vorangegangenen Legislatur einen Anstieg der Geschäftslast um 12% zu bewältigen. Bemerkenswert ist dabei die Verdreifachung der Anzahl Volksinitiativen und Berichte des Bundesrates im Vergleich zur 48. Legislaturperiode. Mit 19 parlamentarischen Initiativen in der zweiten Phase hatte die Kommission zudem doppelt so viele Vorlagen auszuarbeiten, was mit einem grossen Aufwand verbunden war – musste die Kommission doch nicht weniger als 9 Vernehmlassungsverfahren durchführen.

22 Volksinitiativen und Erlassentwürfe des Bundesrates

Die WAK-N hat 12 Volksinitiativen beraten, was einen absoluten Rekord darstellt. Dabei handelt es sich um die folgenden:

15.057	Ja zum Schutz der Privatsphäre. Volksinitiative
15.021s	Vo.Iv. „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“
13.107s	Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform). Volksinitiative
13.093	Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative). Volksinitiative
13.085n	Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative
13.084n	Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen. Volksinitiative
13.057s	Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung). Volksinitiative
13.014	Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative). Volksinitiative
12.074n	Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes. Volksinitiative
12.068n	Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder betreuen. Volksinitiative
12.017n	1:12 - Für gerechte Löhne. Volksinitiative
10.060s	Sicheres Wohnen im Alter. Volksinitiative

Ein vom Bundesrat mit der Botschaft zur Vo.Iv. 10.060 Sicheres Wohnen im Alter vorgelegter indirekter Gegenvorschlag wurde im Ständerat zunächst noch abgeändert,

der Nationalrat trat dann aber nicht darauf ein und auch der Ständerat lehnte in einer zweiten Runde das Eintreten ab.

Die WAK-N hat zur Vo.Iv. 12.074 Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet (13.435). Der Erlassentwurf, der aus der Kommissionsinitiative resultierte stiess aber in der Vernehmlassung auf grossen Widerstand, weshalb die Kommission ihre eigene Initiative schliesslich abschrieb und die Volksinitiative ihrem Rat ohne indirekten oder direkten Gegenvorschlag zur Ablehnung empfahl.

Die wichtigsten Vorlagen des Bundesrates:

15.060n	Verrechnungssteuergesetz. Schuldner- und Zahlstellenprinzip
15.056n	Doppelbesteuerung. Abkommen mit Italien
15.054n	Entsendegesetz. Änderung
15.048n	Geldwäschereigesetz. Änderung
15.047	Amtshilfe in Steuersachen. Übereinkommen des Europarates un der OECD. Genehmigung
15.046	Internationaler automatischer Informationsaustausch im Steuerbereich. BG
15.025	Teilrevision des MWSTG
15.019	Standortförderung 2016-19
14.095	Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten. (LadÖG)
14.093n	Revision der Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens. BG
14.061n	Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG)
14.055s	Eventualverpflichtungen der Wohnraumförderung 2015-2021. Rahmenkredit
14.051s	Steuerbefreiung von juristischen Personen mit ideellen Zwecken. Bundesgesetz
14.040n	Exportrisikoversicherungsgesetz, SERVG. Revision
13.083	Steueramtshilfegesetz. Änderung
13.073	Doppelbesteuerung. Abkommen mit Frankreich auf dem Gebiet der Erbschaftssteuern

13.046	Massnahmen zur Erleichterung der Bereinigung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den Vereinigten Staaten. Dringliches Bundesgesetz
13.044	Zusammenarbeit bei der Anwendung von Wettbewerbsrechten. Abkommen mit der EU
13.032	Genehmigung und Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA). Abkommen mit den Vereinigten Staaten
13.027n	AVIG. Deplafonierung des Solidaritätsprozents
12.096n	Bankengesetz. Genehmigung des 4. Kapitels der Verordnung über die Liquidität der Banken (too big to fail)
12.051sn	Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Österreich
12.050sn	Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Deutschland, Abkommen mit dem Vereinigten Königreich sowie internationale Quellenbesteuerung.
12.039	Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
12.037s	Kollektivanlagengesetz. Änderung
12.021n	Agrarpolitik 2014-2017
12.020s	Alkoholgesetz. Totalrevision
11.057n	Versicherungsvertragsgesetz. Totalrevision
11.047n	Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer. Änderung (Belebung des schweizerischen Kapitalmarktes)
11.044	Steueramtshilfegesetz
11.043s	Besteuerung nach dem Aufwand. Bundesgesetz
11.026n	Direkte Steuern bei den natürlichen Personen. Zeitliche Bemessung
11.023s	Aus- und Weiterbildungskosten. Steuerliche Behandlung. Bundesgesetz
10.049s	Bundesgesetz über Banken und Sparkassen (Nachrichtenlose Vermögen). Änderung (WAK) Entwurf 3
08.053n	Vereinfachung der Mehrwertsteuer (zwei-Satz-Modell). Zusatzbotschaft

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaften und der Beratungen finden Sie in Curia Vista.

Wie bereits die vorangegangene Legislatur stand die Legislatur ganz im Zeichen der Veränderungen auf dem Finanzmarkt und der internationalen Besteuerung. Insbesondere der Beschluss des Bundesrates vom März 2009, wonach die Amtshilfe in Steuersachen auszubauen und die Bestimmungen des Artikels 26 des OECD-Musterabkommens in neue und bestehende Doppelbesteuerungsabkommen zu übernehmen sind, hatte Auswirkungen auf die Arbeit der WAK in den vergangenen 4 Jahren. So hat sie über nicht weniger als 30 Doppelbesteuerungsabkommen beraten. Auch die Tatsache, dass innerhalb der Legislatur das Steueramtshilfegesetz neu erlassen (11.044) und bereits wieder revidiert wird (13.083) ist auf die raschen Veränderungen im Bereich der internationalen Standards in Steuersachen zurückzuführen.

Das dringliche Bundesgesetz über die Massnahmen zur Erleichterung der Bereinigung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den Vereinigten Staaten (13.046; auch Lex-USA genannt) war nicht nur politisch-inhaltlich sondern auch organisatorisch eine grosse Herausforderung für die Kommissionen. Der Bundesrat verabschiedete die Botschaft zur Vorlage am 29. Mai 2013. Bereits vierzehn Tage später, am 12. Juni, wurde das Geschäft im Ständerat und wieder eine Woche später, am 18. Juni im Nationalrat beraten. In der Zwischenzeit tagte die WAK-S viermal und die WAK-N zweimal. Die Vorlage scheiterte schliesslich am 19. Juni nach dem zweiten Nichteintretensbeschluss des Nationalrates. Beide Räte verabschiedeten aber eine gleichlautende Erklärung (gemäss Art. 71 Bst. f ParlG und Art. 32 Geschäftsreglement des Nationalrates) zum weiteren Vorgehen in Sachen Bereinigung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den Vereinigten Staaten (13.053 und 13.054).

Ebenfalls im beschleunigten Verfahren gemäss Art. 85 Abs. 2 ParlG behandelt wurde das AVIG. Deplafonierung des Solidaritätsprozents (13.027), wobei die Vorlage im Ständerat – wie üblich bei Fragen zur Arbeitslosenversicherung – von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) vorberaten wurde. Auch die Vorlage über die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (12.039) wurde in der Sommersession 2012 parallel in beiden Räten beraten und bereinigt. Um die Beratung der dringenden Teile der Vorlage nicht zu verzögern, wurde sie aufgeteilt und die Frage der Solidarhaftung in einer Vorlage 2 behandelt. Diese wurde in der darauffolgenden Wintersession bereinigt.

Die Vorlage über die Agrarpolitik in den Jahren 2014-2017 (12.021) beschäftigte die Kommission während drei Quartalen von Juni 2012 bis März 2013 intensiv. Die Kommission wendete dabei insgesamt 28 Stunden für die Beratung auf und behandelte dabei 209 Anträge.

Auch zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes (11.057) wurden zahlreiche Anträge eingereicht (59). Die Kommission sprach sich jedoch nach dem Eintretensbeschluss für die Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat aus. Der Nationalrat folgte diesem Antrag und auch der Ständerat beschloss die Rückweisung der Vorlage.

Auch die Vorlage 2 der Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer. (Belebung des schweizerischen Kapitalmarktes) (11.047) wurde an den Bundesrat zurückgewiesen.

Die Idee einer Reduktion der Mehrwertsteuersätze wurde nach langjährigen Beratungen mit der Abschreibung der Entwürfe 2 bis 7 der Vorlage 08.053 endgültig verworfen.

Die Totalrevision des Alkoholgesetzes (12.020) beschäftigte die Kommission von Januar 2013 bis November 2015. Insbesondere die Uneinigkeit über die Verfassungsmässigkeit eines neuen Besteuerungssystems, der sogenannten Ausbeutebesteuerung, erschwerte die Kompromissfindung in der Differenzbereinigung erheblich, so dass am Ende auf Antrag beider Kommissionen, entsprechend dem Art. 90 ParlG, der Entwurf abgeschrieben wurde.

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Die wichtigsten Vorlagen, welche die WAK-N ausgearbeitet hat:

13.479	Pa.Iv. Gasche. Klarstellung der langjährigen Praxis beim Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer
12.503	Pa.Iv. Vitali. Anpassung VAG für Genossenschaftsversicherungen
12.485	Pa.Iv. WAK-NR. MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen. Verlängerung
10.538	Pa.Iv. Bourgeois. Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse. Lebensmittel vom Cassis-de-Dijon-Prinzip ausnehmen
10.467	Pa.Iv. Aubert. Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite
10.450	Pa.Iv. Fraktion RL. Den Verkauf von Bankkundendaten hart bestrafen
10.426	Pa.Iv. Fraktion V. Aufhebung der zolltariflichen Begünstigung der Importe von gewürztem Fleisch
09.503	Pa.Iv. Fraktion RL. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen Vorlage 1
03.445	Pa.Iv. Lustenberger. Öffentliches Beschaffungswesen. Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium

Zu folgenden Pa.Iv. hat die WAK-N einen Vorentwurf ausgearbeitet und anschliessend abgeschrieben:

- 13.435n Pa.Iv. WAK-NR. Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes (abgeschrieben nach Kenntnisnahme der Ergebnisse der Vernehmlassung).
- 10.449n Pa.Iv. Fraktion RL. Schutz der Privatsphäre. Kein automatischer Informationsaustausch

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Berichte und der Beratungen finden Sie in Curia Vista oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).

24 Erlassentwürfe des andern Rates

Ende Mai 2012 prüfte die Kommission den Erlassentwurf aus dem Ständerat zur Pa.Iv. 09.456s Niederberger. Vereinfachungen bei der Besteuerung von Lotteriegewinnen. Sie stimmte dem Entwurf zu und dieser wurde bereits in der Sommersession von beiden Räten in der Schlussabstimmung angenommen und per 1.1.2013 in Kraft gesetzt.

25 Vorprüfungen

Von den zu prüfenden parlamentarischen Initiativen gab die Kommission deren 8 Folge und lehnte 36 ab. Der Pa.Iv Maire (11.459) „Kreditkarten. Strengere Vorschriften zur Bekämpfung der Verschuldung von jungen Erwachsenen“, der Pa.Iv. Müller Leo. (12.476) „Besteuerung von Grundstücksgewinnen“ und der Pa.Iv. Fraktion V. (10.533) „Sofortabschreibungen ohne steuerliche Aufrechnungen“ gab der Nationalrat entgegen dem Antrag der WAK-N Folge.

Wie bereits in der letzten Legislatur waren Standesinitiativen in der Kommission weitgehend chancenlos. 21 von 23 wurde keine Folge gegeben.

Zweimal (12.485 und 13.435) ergriff die Kommission das Instrument der Kommissionsinitiative. Beiden stimmte die WAK-S zu, wodurch die WAK-N ermächtigt wurde, eine Vorlage auszuarbeiten (siehe oben Kapitel 2.3).

26 Vorstösse

Die Kommission reichte 15 Motionen und 10 Postulate ein, wobei die meisten in Zusammenhang mit der Prüfung bundesrätlicher Vorlagen oder Berichte standen.

Von den 34 Motionen aus dem Ständerat nahm sie 19 an, lehnte 9 ab und beantragte bei 6 eine Änderung.

27 Konsultationen zu Verordnungsentwürfen, Information und Koordination

Die Kommission verlangte bei 4 Verhandlungsmandaten, 4 Verordnungsentwürfen und 1 Leistungsauftrag, konsultiert zu werden.



Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die WAK-N im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d ParlG verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Auch hier lag der Fokus auf den Bereichen Finanzplatz Schweiz und internationale Steuerfragen. Hierzu liess sich die Kommission regelmässig durch das zuständige Departement über die neusten Entwicklungen informieren.

Im Zusammenhang mit den Vorkommnissen, welche letztlich zum Rücktritt des Präsidenten des SNB-Direktoriums, Philipp Hildebrand, geführt haben, führte die WAK-N Anfang Januar 2012 Aussprachen mit den Verantwortlichen der SNB durch.

Im Rahmen der Regelmässigen Aussprachen mit dem neuen Präsidenten des SBN-Direktoriums, Thomas Jordan, liess sich die Kommission unter anderem über das Thema Frankenstärke informieren.

28 Koordination mit andern Kommissionen

- WAK-CER 15-08 Ausführungsverordnungen zur SWISSNESS-Vorlage. Mitbericht zuhanden der RK
- 13.071 Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China. Mitbericht an die APK-N
- Zur Vorlage 12.020 Alkoholgesetz gab es je einen Mitbericht der FK-N sowie der SGK-N
- Zur Vorlage 12.021 Agrarpolitik 2014-2017 gab es einen Mitbericht der FK-N

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2011 - Wintersession 2013: Christophe Darbellay (CVP/VS)
- Präsident Wintersession 2013 - Wintersession 2015: Ruedi Noser (RL/ZH)

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2011: Darbellay, Noser, Baader Caspar, Bertschy, Birrer-Heimo, de Buman, Fässler Hildegard, Flückiger, Germanier, Hassler, Kaufmann, Leutenegger Oberholzer, Levrat, Marra, Maier Thomas, Meier-Schatz, Müller Philipp, Pardini, Pelli Fulvio, Rime, Ritter, Schelbert, Spuhler, Walter, Wandfluh.
- neue Mitglieder seit der Wintersession 2011: Egloff (ab 1. Quartal 2015 ersetzt Wandfluh, der aus dem Rat zurückgetreten ist), Aeschi Thomas (ab Sommersession 2014 ersetzt Baader Caspar, der aus dem Rat zurückgetreten ist), Maire Jacques-André (ab Sommersession 2012; ersetzt Levrat, der in den



Ständerat gewählt wurde), Amstutz (ab Frühlingssession 2013; ersetzt Spuhler, der aus dem Rat zurückgetreten ist), Jans (ab Frühjahrssession 2013; ersetzt Fässler Hildegard, die aus dem Rat zurückgetreten ist).

33 Subkommissionen

Die Subkommission „Jugendverschuldung“ wurde präsiert von Ada Marra. Mitglieder waren Kaufmann, Meier-Schatz, Noser und Walter. Die Subkommission hat sechsmal getagt (20.25 Sitzungsstunden). Am Schluss ihrer Arbeiten hat sie der Kommission einen Erlassvorentwurf zur Umsetzung der Pa.Iv 10.467 Aubert unterbreitet und beantragte, die Pa.Iv. 10.518 Hiltbold abzuschreiben.

Die Subkommission „Stempelsteuer“ wurde präsiert von Hans Kaufmann. Mitglieder waren de Buman, Marra, Pelli und Rime. Die Kommission hat dreimal getagt (7 Sitzungsstunden). Am Schluss ihrer Arbeiten hat sie der Kommission einen Erlassentwurf zur Umsetzung der Punkte 2 und 3 der Pa.Iv. 09.503 der FDP-Liberalen Fraktion unterbreitet.

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die 33 regulären Sitzungen haben 64 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 393.95 Stunden (rund 6.15 Stunden pro Sitzungstag).

Während den Sessionen fanden 18 Sitzungen statt. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 22 Stunden und somit im Schnitt 1.22 Stunden.

Fazit: Die Kommission hat in den vergangenen zwei Jahren 415.95 Stunden getagt. Dies liegt etwas unter dem Zeitaufwand der vergangenen Legislatur, in denen während 454 Stunden getagt wurde.

Die Sitzung Anfang Oktober 2013 fand im Heimatkanton des Präsidenten – genauer auf der Sunnegga in Zermatt auf 2288 Metern über Meer statt.

42 Subkommissionen

Die Subkommissionen tagten zudem an 9 Sitzungstagen während insgesamt 27.25 Stunden.